

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Minbic wird befreit

Minbic hat eine Geschichte, die mindestens bis zu den Assyrern zurück reicht. Es liegt im Nordwesten Syriens, 85 km von Aleppo entfernt, nahe einer Brücke über dem Euphrat. Von dort nach Kobanê sind es 65 km. Es hat 4 Landkreise Ebû Qelqel, Ebû Kehef, Meskene und Xefsa. So alt wie Minbic ist, so viele Kulturen hat es auch beherbergt. Ihre Spuren sind bis heute sichtbar. Die Bevölkerung ist dem entsprechend ein Mosaik aus AraberInnen, KurdInnen, TscherkessInnen, TurkmenInnen und anderen Völkern, so wie verschiedenen Religionen. Die beiden größten Gruppen bilden AraberInnen mit 68% und KurdenInnen mit 25% Bevölkerungsanteil. Wie in Raqqa so sind auch hier die AraberInnen sunnitischen Glaubens. Die Lage von Minbic verleiht ihm Bedeutung im Handel. Es verbindet die großen Städte Syriens mit irakischen Städten wie Mossul und Bagdad sowie den westlichen Städten. Das verleiht Minbic einen teils strategischen Wert. Seine Ebene ist fruchtbar. Schätzungen gehen davon aus, das Minbic etwa 90.000 Einwohner zählt. 2011 geriet Minbic unter Kontrolle der SUK (Nationale Koalition Syriens). Seit dem 22. Januar 2014 ist es unter Kontrolle der DAİŞ, dem sogenannten Islamischen Staat. Während sich bis 2011 Männer und Frauen im öffentlichen Raum relativ frei bewegen konnten, zumindest freier als in ver-

gleichbaren Städten, gilt heute das Gesetz der Scharia. Laut Meldungen sollen in der letzten Zeit Rufe aus der Bevölkerung laut geworden sein, die Hilfe einforderten. Seit dem 1. Juni hat deshalb der Militär von Minbic seine Offensive zur Befreiung von Minbic begonnen. Unterstützt wird sie von den Koalitionstruppen mit Luftangriffen.

Zu Ehren des Kommandanten der Shams Al-Shamal Abû Layla, der in den ersten Tagen der Offensive schwer verwundet wurde und am Sonntag verstarb, wurde die Offensive nach ihm benannt.

Zum Kommandanten des Militärrats von Minbic wurde Ebû Emced gewählt. 13 Mitglieder stehen ihm im Militärat zur Seite, dessen Gründung am 2. April 2016 am Staudamm von Tîşrîn verkündet wurde und sich aus verschiedenen Gruppen zusammensetzt. Bei ihnen handelt es sich um Şems El Şemal, Suwar El Minbic, Fırat Tugayları İttifakı, Cind El Heramên Tugayları, Fırat Şehitleri Taburları Birliđi, Liwa El Qewsi, Tirkman El Minbic. Unsicher ist schon anhand der Namen zu erkennen, dass es sich damit auch um einen Zusammenschluss verschiedener Bevölkerungsgruppen, so wie teilweise um Menschen handelt die selbst aus Minbic stammen und die sich jetzt für die Befreiung ihrer Stadt stark machen. Der Kommandant des Militär-

rates Ebû Emced, erklärte dann auch, dass nach Vollendung ihres Zieles, also nach Befreiung der Stadt und seines Umlandes, die Verwaltung einer zivilen Struktur obliegt, dem Gebietsrat von Minbic. Er besteht aus AraberInnen, KurdInnen, TurkmenInnen und TscherkessInnen.

Nach jüngsten Meldungen ist die Einkreisung der Stadt Minbic seit Freitagmorgen abgeschlossen. Eine große Rolle dabei spielte die Wiederherstellung der Qereqozax-Brücke über den Euphrat. Die Brücke konnte bei der Befreiung des Kantons Kobanê durch die Kräfte der YPJ und YPG zurückerobert werden, wurde vom IS jedoch zerstört hinterlassen. Als die kurdischen Kräfte vergangenes Jahr auf die Brücke vorrückten, sprengte der IS große Teile der Brücke, um den weiteren Vormarsch zu stoppen. Die Brücke bildet eine wichtige Verbindung zwischen Manbij und Kobanê. Nach der Wiederherstellung der Brücke konnte die Verbindungsstraße zwischen Manbij und Jarablus eingenommen und so der Nachschub von DAİŞ aus dem Norden abgeschnitten werden.

Am Freitagmorgen wurde gemeldet, dass auch die Verbindungsstraße im Westen von Minbic in Richtung Al-Bab unter der Kontrolle der Demokratischen Kräfte Syriens (HSD) steht und Minbij somit von allen Seiten umschlossen ist. (ANF 2./6.6., ISKU)

Tausende bei Beerdigung von Abû Leyla

Tausende nahmen an der Beisetzung und militärischen Zeremonie des Kommandeurs Feysel Abû Leyla und des QSD/HSD Kämpfers Harûn Kobanê teil. Der Angehörige des Manbijer Militärrats und Kommandant der Shams al-Shamal Brigaden, Feysel Abû Leyla erlag vor wenigen Tagen seinen schweren Verletzungen, die er an der Operation zur Befreiung von Manbij vom IS erlitten hat. Abû Leyla wurde mit dem QSD/HSD (arab. Qûwât Sûriyâ ad-dîmuqrâtiya / kurd. Hêzên Sûriya Demokratik – Demokratische Kräfte Syriens) Harûn Kobanê beigesetzt. Zehntausende Einwohner*innen des Kan-

tons Kobanê begleiteten die Prozession vom Haus für Familien der Märtyrer*innen und zum Şehîd Dicle Friedhof. Der YPG Kommandant Cemil Kobanê hielt eine Rede, in der er betonte: "Kommandant Abû Leyla war von Anfang an Teil der Revolution in Syrien. So viele Revolutionär*innen erhoben sich und kämpften für ihre Ideale, nicht zu Letzt besonders in Kobanê. Kommandant Abû Leyla hat seinen Platz in unserem Kampf und Widerstand gefunden, mit all seiner Entschlossenheit und seinem Mut. Er fürchtete nicht den Tod. Er war immer dort, wo der Feind uns versuchte anzugreifen. Der

Glaube, der ihm diese Kraft gab, war der Widerstand von Kobanê". Auch der offizielle Sprecher der QSD/HSD Şervan Derweş unterstrich in seiner Rede, dass Abû Leyla einen wichtigen Platz in der Revolution eingenommen hat. Er erklärte weiter: "Lasst die Menschen, die Abû Leyla noch nicht kennen, ihn kennen lernen. Er nahm seine Waffe, um seine Mitmenschen und seine Heimat zu verteidigen, um bis zu Letzt Widerstand zu leisten. Er kämpfte in Sheikh Maqsood gegen das Regime, in Shehba und Kobanê gegen die Banden des IS und an vielen weiteren Fronten". (ANF 7.6., ISKU)

Meldungen:

KOMAW: Klage am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag eingereicht

Die Institution der Angehörigen der Verschwundenen und Märtyrer Kurdistan (KOMAW) hat wegen der im letzten dreiviertel Jahr von der Türkei an den Kurden verübten Gräueltaten den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag angerufen. Beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag sind Klagen gegen Länder unzulässig. Klage kann nur gegen Personen erhoben werden. KOMAW reichte Klage namentlich gegen Erdoğan (Staatspräsident der Türkei), Davutođlu (bis Mai dieses Jahres Ministerpräsident der Türkei), Hulusi Akar und Efkân Ala ein. Hulusi Akar ist seit August 2015 Chef des Generalstabs und damit auch militärischer Oberbefehlshaber der türkischen Streitkräfte. Als solcher ist er ebenfalls Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates. Efkân Ala war seit Dezember 2013 Innenminister der Türkei und bekeidete auch unter Davutođlu dieses Amt. KOMAW macht Erdoğan, Davutođlu, Akar und Ala verantwortlich für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Städten und Bezirken wie Cizre und Sur.

(ANF 3.6., ISKU)

Guerillaaktionen in Bidlis und Şirnex

Das HPG-Mediencenter veröffentlichte eine schriftliche Erklärung über Guerillaaktionen der HPG (Hêzên Parastina Gel – Volksverteidigungskräfte) und der YJA-Star (Yekîtîya Jinên Azad-Star – Einheiten der freien Frauen-Star), bei denen eine große Anzahl türkischer Soldaten getötet wurde.

BIDLIS (Bitlis): Guerillas der HPG griffen Posten des türkischen Militärs auf dem Berg Hevris bei Bidlis an, bei dem Angriff wurde 1 Soldat getötet, 2 weitere wurden verwundet.

ŞIRNEX (Şirnak): Am 4. Juni gegen 7 Uhr morgens legte die Guerilla auf der Straße zwischen Gundikê Melê und Sêgirkê eine Hinterhalt gegen eine anrückende türkische Operationseinheit, bestehend aus türkischen Soldaten und bezahlten Dorfschützern, dabei wurden 2 Soldaten getötet. Die türkischen Kräfte zogen sich am 5. Juni gegen 3 Uhr zurück.

Weiterhin wurden mehrere Militärposten auf den Bergen Şehidan und Kurkê Omerya, sowie der Elemun Außenposten im Şirnexer Stadtteil Uludere am

Nisêbîn: 20 Zivilisten hingerichtet

Schockmeldung aus dem besetzten Nisêbîn (Nusaybin). Ein Augenzeuge berichtet von einem Massaker an 20 wehrlosen Menschen. Weitere Augenzeugen bestätigen die Aussage.

Nach dem die Zivilen Verteidigungseinheiten YPS ihre Erklärung des Rückzugs aus der Stadt veröffentlicht hatte, dauerte die Bombardierung der Stadt Nisêbîn durch die türkischen Streitkräfte an. DIHA berichtet jetzt von einem Massaker. Es soll am 31. Mai im Stadtteil Yeni, nahe der Grenze zu Syrien stattgefunden haben. 20 wehrlose Menschen sollen hier ermordet worden sein. Der Augenzeuge berichtete, das im Landkreis Nisêbîn zuvor aus gepanzerten Militärfahrzeugen heraus Aufrufe erfolgten sich zu

ergeben. Am späten Abend um 22.00 Uhr seien dann 4 Rettungswagen, die von gepanzerten Militärfahrzeugen begleitet wurden, zum in der Nähe der Grenze liegenden Friedhof gekommen sein. Dort hielten sie an, entluden drei Menschen. Diese wurden in drei Gruppen eingeteilt. Dann stießen zu den Krankenwagen weitere Fahrzeuge. Ein gepanzertes Fahrzeug und ein ziviles. Nach einer Weile entfernte sich das zivile Fahrzeug wieder. Kaum hatte sich das zivile Fahrzeug entfernt, wurden die in drei Gruppen eingeteilten Personen unter Dauerfeuer genommen und erschossen. Der Augenzeuge berichtet, dass er das Massaker deshalb so gut beobachten konnte, weil einer der Rettungswagen die Scheinwerfer

angelassen hatte. Einer der Polizisten, der der Hinrichtung beiwohnte, habe den Fahrer des Rettungswagens noch angeschrien „Lösch das Licht, bist du verrückt“. Anschließend sollen sie dann die Leichname der Ermordeten übereinander gelegt und angezündet haben. Sie haben dann mit Artillerie in unsere Richtung geschossen, berichte der Zeuge. Bis zum Morgen sind unsere Straßen beschossen worden. Das gepanzerte Fahrzeug hat dort bis zum Morgen Wache gehalten. Am Morgen soll dann ein anderes gepanzertes Fahrzeug an den Ort gekommen sein und alle weiteren Spuren vernichtet haben. Es gibt weitere Zeugenaussagen aus der Region die die Aussage bestätigen. (ANF 3.6., ISKU)

Ein neuerlicher Gesetzesvorstoß der AKP

Das Gesetz zur Aufhebung der Immunität wurde Dienstagabend von Staatspräsident Erdoğan unterzeichnet und ist heute in den offiziellen türkischen Medien veröffentlicht worden. 152 Abgeordnete des türkischen Parlaments – im Besonderen die der HDP – sind von diesem Gesetz betroffen. 800 Anträge auf Aufhebung der Immunität, die bis zum 20. Mai dieses Jahres bei den verschiedenen Organen des türkischen Parlaments eingetroffen sind, liegen vor. Sie werden voraussichtlich in den nächsten 15 Tagen an die Gerichte weitergeleitet, wo sie nach Information der Tageszeitung Cumhuriyet von etwa 200 Staatsanwälten bearbeitet werden. Diese entscheiden dann, ob die jeweilige Klage als „nichtig“ einstuft und eine Anklage fallen gelassen wird, oder ob ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wird und die Gerichte sich damit möglicherweise befassen werden.

Aysel Tuğluk, Co-Vizevorsitzende der HDP, rief in einer schriftlichen Erklärung alle Abgeordneten des Parlaments auf, sich an einer Klage vor dem Verfassungsgericht zu beteiligen und kündigte auch eine Klage der HDP vor dem europäischen Gerichtshof für Menschenrechte an.

Die Co-Vorsitzende der HDP, Figen Yükseskağ, bezeichnete das Gesetz dann auch als „Katastrophe“ für die Türkei und wies auf die Ironie des Schicksals hin, dass just zu dem Zeitpunkt, wo Erdoğan die Immunität der Abgeordneten aufhebt, von der AKP ein Gesetzesentwurf an das Parlament eingereicht wird, mit dem „Soldaten die Immunität verliehen werden soll“. Daraufhin erklärte Figen Yükseskağ: „Die Regierung, die versprach, die Vormundschaft durch das Militärs beenden zu wollen, ist heute mit

den militaristischen Strukturen eine Koalition eingegangen.“

Figen Yükseskağ ging auf den neuerlichen Gesetzesvorstoß der AKP ein. Dieser Entwurf sieht eine Neuregelung für die Verhängung des OHAL (Ausnahmestand) vor. Dem Neuentwurf zu Folge wäre eine offizielle Ausrufung des OHAL dann nicht mehr notwendig. Zuvor musste, wenn der OHAL für einige Provinzen angewendet werden sollte, dieser verkündet und alle 4 Monate vom Parlament bestätigt werden. Sollte der Gesetzesentwurf das Parlament passieren – und daran besteht bei der jetzigen Konstellation kaum ein Zweifel – würde dem Ministerrat diese Aufgabe zufallen; jenem Organ, dass die „Eilbeschlagnahme“ und damit Enteignung ganzer Stadtteile wie Sür u.ä. eingeführt und beschlossen hat. Dem Gesetzesentwurf zu Folge kann auf Antrag des Innenministers in Zukunft der Ministerrat die türkischen Streitkräfte (TSK) dazu ermächtigen. Umfang und Dauer, Ort, Umfang der nachrichtendienstlichen Aufgaben, Beschränkung der Waffenarten die zum Einsatz gebracht werden dürfen, alle Fragen dieser Art würden dann dem Ministerrat obliegen. Fragen wie Größe der Einheiten, ihre Positionierung u.ä. militärische Details liegen im Ermessen des Generalstabs.

Kommt die Neuregelung durch, würde der Kommandant einer beauftragten Militäreinheit über Befugnisse verfügen, die bisher der Polizei vorbehalten waren. Dem Gouverneur obliege dann lediglich die Koordination zwischen den Militäreinheiten, den Sicherheitskräften im Allgemeinen und den öffentlichen Einrichtungen (übrigens ein Vorgehen, dass so bereits während der Operation in Nisêbîn (Nusaybin)

angewandt wurde). Bei Operationen liege, dem Gesetzesentwurf entsprechend, das Kommando beim jeweils ranghöchsten Kommandanten. Nachrichtendienstliche Informationen, die der dazu beauftragte Kommandant der Militäreinheit zu benötigen glaubt, sollen von den Diensten bevorzugt behandelt und umgehend weitergeleitet werden. Die beauftragten Militäreinheiten dürften dann auch auf Befehl ihres Kommandanten Razzien durchführen. Sollte ein Aufschub einer Razzia nicht angezeigt sein, darf er eine Razzia durchführen lassen, wenn er sich innerhalb von 24 Stunden diese von einem Richter nachträglich absegnen lässt.

Mit dem Gesetzesvorstoß wäre eine Verfolgung von Straftaten, die innerhalb von Operationen verübt werden, dann gebunden an eine Zustimmung verschiedener Gremien. Richtet sich ein entsprechender Vorwurf gegen die Kommandanten der Streitkräfte oder gegen den Generalstab, muss die Zustimmung des Ministerpräsident eingeholt werden, Betrifft ein entsprechender Vorwurf einen Angehörigen der Streitkräfte, so ist es das Verteidigungsministerium, das darüber bescheidet, bei Jandarma, Personal der Küstenwache oder Polizeikräften das Innenministerium, bei allen anderen Staatsbeamten liegt die Zustimmungsbefugnis bei Gouverneur oder Landrat. Bei Forderung von Entschädigung für Schäden die durch den „Kampf gegen den Terror“ entstanden sind, können diese gerichtlich gegenüber dem Staat eingefordert werden, nicht aber bei dem jeweils Verantwortlichen und dass unabhängig ob ein persönlicher Fehler oder eine Unbotmäßigkeit vorgelegen hat.

(CH/ANF 7./8.6., ISKU)

5. Juni gegen 9:30 Uhr angegriffen. Bei den Angriffen wurde ein gepanzertes Fahrzeug beschädigt und eine bisher unbekannte Anzahl an Soldaten getötet oder verwundet.

Zudem kam es am 3. und 4. Juni zu einer Operation der Guerilla nahe des Berges Şehid Lezgin gegen 11 Uhr, sowie am Berg Kuroşino gegen 16 Uhr und in der Region Şehid Kendal um 8:30 Uhr. Während dieser Operation wurde ein Bagger zerstört und ein Soldat getötet.

AMED (Diyarbakır): Laut dem Medieneenter wurde die Region Şehid Ferhat im Kreis Pîran (Lice) am 4. Juni gegen 10:20 Uhr durch türkische Kampfflugzeuge bombardiert. Kurz darauf begann die Armee eine Operation mit Bodentruppen, die weiterhin andauert.

DERSİM (Tunceli): Laut Angaben der HPG, haben am 1. Juni türkische Soldaten in Zivilkleidung Aufklärungsmissionen in der Region Barav (Kreis Pülümür) durchgeführt. Am 2. Juni kreisten über der Region mehrere türkische Drohnen, sowie Helikopter des Typs Kobra, die an verschiedenen Punkten Soldaten abließen. Am 3. Juni wurde das Gebiet dann von den Kobra Helikoptern beschossen, die Armee beendete ihre Operation gegen 17 Uhr. Dennoch befinden sich weiterhin türkische Einheiten nahe Barav und Şevdin.

COLEMÊRG (Hakkari): Die Guerilla führte am 3. Juni eine Aktion gegen die nahe des Berges Şehid Bager stationierten Soldaten aus, der Berg befindet sich im Kreis Gever (Yüksekova). Bisher können keine genaueren Angaben über getötete oder verwundete Soldaten gemacht werden, jedoch wurde bekannt, dass einigen toten Soldaten Guerillauniformen für Pressefotos angezogen wurden.

Am 4. Juni begann die türkische Armee gegen 4 Uhr eine Operation nahe der Dörfer Helenka und Meleyan im Kreis Şemzînan und errichteten Kontrollposten auf der Straße zwischen Wan (Van) und Colemêrg.

(ANF; 6.6., ISKU)

Quellen:

ANF Firat
CH Nachrichtendienst
 Cumhuriyet

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

Postbank Köln, BLZ 37010050

Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org